

## **L-1 Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit**

Gremium: Landesvorstand  
Beschlussdatum: 03.11.2023  
Tagesordnungspunkt: TOP 4 Leitantrag Wirtschaft

1 Ein Leben in Zufriedenheit und Wohlstand, im Einklang mit dem Planeten, ein guter  
2 Job und  
3 langfristig gesicherte gute Einkommen– all das wird nur gelingen, wenn wir jetzt  
4 den Mut  
haben, unsere Wirtschaft klimaneutral fit für die Zukunft zu machen und Menschen  
die  
notwendigen Mittel an die Hand geben, diesen Weg mit uns zu gehen.

5 Ob Dienstleister, Industrie oder Handwerk – um auch in Zukunft noch schwarze  
6 Zahlen zu  
7 schreiben, muss heute grün investiert werden. Weltweit sind wir längst in einem  
8 Wettbewerb  
9 um die besten Klimatechnologien, um neue Produktionsstätten und Jobs der Zukunft.  
10 China und  
11 die USA, aber auch Indien oder Japan haben große Investitionsprogramme aufgelegt,  
12 um beim  
13 Ausbau erneuerbarer Energien, bei der Batterieproduktion, bei  
Wasserstofftechnologie, grüner  
Stahlproduktion, bei E-Mobilität oder Wärmepumpen einen Vorsprung auf den  
Weltmärkten zu  
erarbeiten. Umso wichtiger ist es, deshalb jetzt an den richtigen Stellschrauben  
zu drehen,  
damit Berlin und Brandenburg dem Wettbewerb standhalten können und sich  
Unternehmen hier  
ansiedeln.

14 Es ist Zeit für eine aktive grüne Wirtschafts- und Industriepolitik, die  
15 nachhaltig und  
16 systemisch wirkt und dabei immer auch die ökologischen Belastungsgrenzen unseres  
17 Planeten im  
18 Blick behält. Wir wissen dabei viele Gründer\*innen und Unternehmer\*innen an  
19 unserer Seite,  
20 die längst aktiv an der Klimaneutralität und zukunftsfähigen Geschäftsmodellen  
21 arbeiten. Und

22 auch Gewerkschaften fordern einen radikalen ökologischen Umbau, um Arbeitsplätze  
23 dauerhaft  
zu sichern und neue entstehen zu lassen. Das, was die Stadt Berlin dafür tun  
kann, muss nun  
beherzt angepackt werden; sei es bei der Wärmewende, beim Schaffen von Orten für  
kleine und  
mittelständische Unternehmen, bei der Durchsetzung der Tariftreue, bei der  
Unterstützung  
klimaneutraler Ansiedlungen hier in Berlin oder in dem wir Dienstleistungsberufe  
endlich  
deutlich aufwerten.

24 Wir wollen eine aktive, grüne Industriepolitik, die Ansiedlungen von Unternehmen,  
25 die  
26 ökologisch und sozial handeln, befördert sowie ansässige Werke und Unternehmen  
27 dabei  
28 unterstützt, klimaneutral zu werden. Wir wollen, dass Berlin die neuen Chancen  
29 nutzt, die  
der Bund eröffnet: seien es die neuen Förderrichtlinien bei der GRW  
(Gemeinschaftsaufgabe  
regionale Wirtschaftsförderung) oder die neuen Klimaschutzverträge. Wir  
unterstützen auch  
die Forderung nach einem Brückenstrompreis.

30 Die Ansiedlung von Unternehmen mit zukunftsweisenden Technologien bietet die  
31 Chance auf eine  
32 hohe Anzahl von Arbeitsplätzen in Berlin und Brandenburg. Doch die Transformation  
33 kann  
34 vollständig nur gelingen, wenn soziale und ökologische Errungenschaften sowie  
35 betriebliche  
36 Mitbestimmungsrechte auch zukünftig gewahrt und ausgebaut werden. Die Menschen im  
37 Handwerk,  
im Dienstleistungssektor oder der Industrie, deren Berufe oft ein Höchstmaß an  
körperlichem  
Einsatz und Verzicht auf persönliche Flexibilität erfordern, müssen vom  
Wirtschaftswandel  
profitieren. Politik, Gewerkschaften und Unternehmen müssen eng und  
vertrauensvoll  
zusammenarbeiten.

38 Es sind vor allem die Menschen, die Berlin so attraktiv für  
39 Unternehmensansiedlungen machen.  
40 Und längst sind die vermeintlich weichen Themen zu harten Standortfaktoren  
41 geworden:  
42 bezahlbare Mieten, gute Kitas, Schulen, Hochschulen, Orte der Naherholung,  
43 soziale und grüne

44 Infrastruktur, Gesundheitsinfrastruktur, kulturelle Angebote und eine  
internationale  
Willkommenskultur. Wer dem gerecht werden will, muss den Weg weitergehen, den rot-  
grün-rot  
mit dem Jahrzehnt der Investitionen begonnen hat, und Berlin weiter zu einer  
lebenswerten,  
prosperierenden und klimaneutralen Metropole umbauen.

45 Damit dies schnell umgesetzt werden kann, braucht Berlin eine funktionierende  
46 Verwaltung mit  
47 schnelleren Genehmigungsverfahren, weniger Bürokratie und digitalen  
48 Verwaltungsprozessen.  
49 Das Behörden-Pingpong muss durch eine grundsätzliche Reform der Berliner  
Verwaltung beendet  
werden. Wir begrüßen, dass der Regierende Bürgermeister das Thema zur Chefsache  
erklärt hat  
und stehen als Grüne bereit, an einem Gelingen der Reformen mitzuarbeiten.

50 Die Politik muss den Rahmen für die Transformation setzen und dabei konsequent  
51 die sozialen  
52 Folgen beachten: Der CO2-Preis muss mit einem Klimageld verbunden werden, die  
53 Verkehrswende  
54 muss so ausgestaltet werden, dass sie für alle mehr Sicherheit und Komfort  
55 bedeutet, die  
energetische Sanierung der Wohnung muss den Mieter\*innen zugutekommen und die  
Wärmewende  
muss zur BürgerWärmeWende werden. Nur wer beides zusammenbringt, nur wer grün und  
gerecht  
gleichzeitig handelt, wird der Aufgabe Berlin zukunftssicher umzubauen auch  
gerecht.

## 56 **1. Wirtschaft braucht Bündnisse und Fachkräfte**

57 Wir wollen dafür sorgen, dass alle Unternehmen die Mitbestimmung der Belegschaft  
58 ermöglichen  
59 und gute Löhne zahlen. Schon heute haben Unternehmen, die Nachhaltigkeit als  
60 Unternehmensziel haben, weniger Probleme Mitarbeiter\*innen zu finden, doch das  
61 allein reicht  
nicht aus: auch gute Arbeitsbedingungen und Mitbestimmung sind dauerhaft zentral.  
Attraktive  
Arbeitsplätze sind ein wichtiges Rezept gegen Fachkräftemangel.

## 62 **Gute Arbeitsbedingungen schaffen**

63 Zu guten Arbeitsbedingungen gehören Tarifbindung und ein fairer Lohn, der ein

64 gutes Leben  
65 und soziale Teilhabe ermöglicht sowie vor Altersarmut schützt. Um das zu  
66 ermöglichen, bedarf  
67 es einer kontinuierlichen Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf mindestens  
68 14 Euro.  
69 Gerade in Zeiten der Rezession und sinkenden Wachstums ist es entscheidend, dass  
70 Arbeitnehmer\*innen nicht in die Armut abrutschen und sich nach wie vor ein gutes  
71 Leben  
72 leisten können. Die Transformation der Wirtschaft muss Erwerbsarmut beseitigen  
und prekären  
Arbeitsverhältnissen einen Riegel vorschieben, gerade dort, wo Beschäftigte in  
atypischen  
Beschäftigungsverhältnissen arbeiten: in Minijobs, in Scheinselbstständigkeit,  
befristet  
oder in Leiharbeit auf Abruf. Sie müssen vom ersten Tag an gleichwertig zu einer  
Festanstellung vergütet werden.

73 Schlecht bezahlte Arbeit ist leider immer noch viel zu oft Frauensache und führt  
74 oft zu  
75 Altersarmut und finanzieller Abhängigkeit. Eine monetäre Benachteiligung bei  
76 gleicher bzw.  
77 gleichwertiger Tätigkeit aufgrund des Geschlechts darf es nicht mehr geben,  
weshalb wir  
nachdrücklich das Vorhaben von Bundesfamilienministerin Lisa Paus, die Regelungen  
des  
Entgelttransparenzgesetzes konsequent verbindlich und wirksamer zu machen,  
unterstützen.

78 Gute Arbeitsbedingungen zeichnen sich nicht nur durch mehr betriebliche  
79 Mitbestimmung und  
80 starke Beschäftigtenvertretungen aus, sondern Gewerkschaften und Betriebsräte  
81 müssen ihre  
82 Rechte im Rahmen der Tarifautonomie ungehindert und effektiv wahrnehmen können.  
83 Damit die  
84 Schere bei den Einkommen nicht weiter auseinandergeht, setzen wir uns dafür ein,  
85 dass sich  
86 mehr Unternehmen in die Tarifbindung begeben. Das von der Bundesregierung  
87 geplante  
88 Tariftreue- und Tarifstärkungsgesetz, mit dem öffentliche Aufträge an  
89 Tarifbindung und  
90 Arbeitsbedingungen geknüpft werden sollen, ist ein wichtiger Schritt. Zudem  
91 wollen wir eine  
erleichterte Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen und eine  
wirksame  
Beschränkung der nicht tarifgebundenen Mitgliedschaften in Arbeitgeberverbänden.  
In Berlin

setzen wir uns für eine Wirtschaftsförderung ein, die Tarifbindung einfordert und auf Nachhaltigkeit und Guter Arbeit ausgerichtet ist. Damit das Land seine beträchtliche Marktmacht nutzt, wollen wir die vielen Vergabestellen in die Lage versetzen, Tariftreue bei der Auftragsausführung nicht nur einzufordern, sondern auch zu kontrollieren und durchzusetzen.

92 Die Digitalisierung ermöglicht es, Arbeit anders zu gestalten. Das Land Berlin  
93 muss als  
94 Arbeitgeber der neuen Zeit gerecht werden und flexibleres Arbeiten, „New Work“  
95 und  
96 Homeoffice ermöglichen. Überdies soll die 4-Tage-Woche in Pilotprojekten getestet  
97 werden.  
98 Essenziell ist dabei, eine digitale Chancengleichheit und Teilhabemöglichkeit zu  
99 gewährleisten. Die Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung ist eine zwingende Voraussetzung, um verbindliche Vereinbarungen zum orts- und zeitflexiblen Arbeiten zu ermöglichen und der Überlastung der Beschäftigten vorzubeugen. Jede Aufweichung von Arbeitszeit- und Arbeitsschutzregelungen lehnen wir ab.

### 100 **Fachkräfte gewinnen und halten**

101 Die Wahl des Standorts wird in Unternehmen heutzutage zunehmend von der  
102 Verfügbarkeit  
103 qualifizierter Arbeitskräfte beeinflusst. Fachkräfte entscheiden sich für  
104 Regionen und  
105 Städte, die sowohl beruflich als auch persönlich attraktiv sind. Erschwingliche  
106 Mieten, eine  
107 lebenswerte Stadt, erstklassige Bildungseinrichtungen, Naherholungsorte und  
108 erleichterter  
109 Familiennachzug sind somit zu harten Standortfaktoren für Unternehmen geworden. Das Finden und Halten von Mitarbeiter\*innen stellt viele Unternehmen und Organisationen vor Herausforderungen. Um dem Berliner Fach- und Arbeitskräftebedarf zu begegnen, fordern wir vom Senat, eine Koordinierungsstelle zur Behebung des Fachkräftemangels einzurichten, um so die Zusammenarbeit von Verwaltung, Unternehmen und Bildungsträgern zu stärken.

110 Für die Transformation der Wirtschaft braucht es insbesondere in der  
111 Energiebranche und im  
112 Handwerk viele neue Arbeitskräfte. Um dem zu begegnen, soll das Land Berlin

113 gemeinsam mit  
114 der Industrie- und Handelskammer (IHK) und der Handwerkskammer eine Klimaberufe-  
115 Strategie  
116 entwickeln. Ein Baustein dieser Strategie soll ein Berufsorientierungszentrum für  
117 Klimaberufe sein, das dazu beiträgt, die Berufsbilder bekannter zu machen und  
118 Interesse zu  
wecken. Zudem soll der Senat die Einrichtung eines „OSZ Klimaberufe“ prüfen. Im  
Rahmen der  
Transformation werden sich neue Berufsbilder ergeben, die auch die Entwicklung  
neuer  
Ausbildungsberufe nach sich zieht. Die Verfahren zur Schaffung neuer  
Ausbildungsberufe  
müssen daher beschleunigt werden.

119 Für die Verbesserung des Ausbildungsplatzangebotes braucht es überdies die  
120 Einführung der  
121 solidarischen Ausbildungsplatzumlage, wie sie in einigen Branchen bereits gelebte  
122 Realität  
123 ist. Es gibt keine Zeit mehr, weiter auf die Freiwilligkeit der Unternehmen zu  
124 setzen.  
125 Darüber hinaus wollen wir in die Verbundausbildung investieren und die  
126 Zusammenarbeit  
127 zwischen Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen stärken, damit die  
128 Verbindung zwischen  
129 akademischer und beruflicher Bildung verbessert und die Gleichstellung der  
130 verschiedenen  
131 Bildungswege unterstützt wird. Um mehr junge Menschen für eine duale Ausbildung  
zu gewinnen,  
wollen wir Ausbildungscoaching und eine verbindliche Berufsorientierung im  
letzten Schuljahr  
einführen. Für Arbeitnehmer\*innen in körperlich fordernden Berufen fordern wir  
ein Angebot  
an Fortbildungs- und Umschulungsmöglichkeiten, um im Fall einer körperlichen  
Beeinträchtigung, die die weitere Ausübung des Berufs verhindert, eine  
Weiterbeschäftigung  
innerhalb des Betriebs zu ermöglichen. Dafür muss das Land Weiterbildung und  
Umschulungen  
stärker fördern und monetär unterstützen.

132 Menschen, die nach Berlin einwandern, sollen einer Arbeit nachgehen können, wenn  
133 sie wollen.  
134 Auf Bundesebene wurde ein Einwanderungsgesetz beschlossen, das neue Zugangswege  
135 für  
136 Bildungs- und Arbeitsmigration auch im gering- und unqualifizierten Bereich  
137 schafft. Um die  
138 Chancen des Einwanderungsgesetzes in Berlin zügig zu nutzen, bedarf es einer

139 besseren  
personellen und strukturellen Ausstattung des Business Immigration Center Berlin.  
Die  
längeren Wartezeiten können durch eine Digitalisierung der Prozesse und  
Einrichtung eines  
Welcome Desk für nicht terminierte Anfragen und Anrufe behoben werden.  
Arbeitsverbote für  
Geflüchtete wiederum müssen abgeschafft werden.

140 Neben einem attraktiven Arbeitsplatz zählt die erschwingliche Wohnung zu den  
141 harten  
142 Standortfaktoren, um gut ausgebildete Fachkräfte anwerben und halten zu können.  
143 Wir  
144 unterstützen die neuen Initiativen verschiedener Unternehmen, Werkwohnungen für  
ihre  
Beschäftigten zu schaffen. Um bezahlbaren Wohnraum für Auszubildende zu schaffen,  
fordern  
wir die Einrichtung eines Azubi-Werks in Berlin.

## 145 **2. Wirtschaft braucht Investitionen**

146 Im Land und in den Bezirken wollen wir Impulse für die Zukunftsfähigkeit unserer  
147 Wirtschaft  
148 setzen. Es braucht einen aktiven Staat, der die Ansiedlung klimaneutraler  
149 Industrien  
erleichtert und Rahmenbedingungen schafft, um die Wirtschaft der Hauptstadt  
nachhaltig und  
zukunftsfähig zu gestalten.

## 150 **Nachhaltig in Berlin investieren**

151 Mit der gemeinsamen Innovationsstrategie der Länder Berlin und Brandenburg  
152 (innoBB 2025)  
153 haben wir in den letzten Jahren einen Fokus auf Mobilität und Logistik,  
154 Energietechnik,  
155 Gesundheits- und Digitalwirtschaft, Medien- und Kreativwirtschaft und Optik und  
156 Photonik  
gelegt und bieten hiermit ein einzigartiges Ökosystem von Wirtschaft, Forschung  
und  
engagierten Fachkräften. Berlin muss auch in Zukunft eng und im Bündnis mit  
Brandenburg  
vorgehen. Nur so können wir die Transformation leisten.

157 Private Unternehmen stehen vor der Herausforderung, ihre eigenen Produktions- und  
158 Wertschöpfungsprozesse klimaneutral zu gestalten. Insbesondere kleine und

159 mittelständische  
160 Unternehmen, die den Großteil der Berliner Wirtschaft ausmachen, brauchen  
161 gezielte  
162 Unterstützung, um Investitionen in klimaneutrale Anlagen durchzuführen. Die  
163 landeseigene  
164 Investitionsbank Berlin (IBB) muss deshalb zu einem starken Instrument der  
165 Transformation  
166 werden. Die Kredit- und Förderprogramme müssen konsequent an den Klimazielen und  
167 den  
168 Prinzipien der Kreislaufwirtschaft ausgerichtet werden. Besonders in Zeiten  
169 höherer Zinsen  
170 können die IBB-Förderprogramme wieder eine starke Wirkung entfalten, wenn  
171 Nachhaltigkeit ein  
172 grundlegendes Kriterium ist. Wir brauchen statt allgemeiner Innovations- und  
Arbeitsplatzförderung gezielte Förderprogramme für die Transformation, z. B. um  
mechanische  
Verwertungsverfahren in der Kreislaufwirtschaft einzuführen. Bei allen  
Förderansätzen gilt  
jedoch, dass keine klimaschädlichen Investitionen und Geschäftsmodelle  
subventioniert werden  
dürfen. Die Geschäfts- und Förderpolitik von Berlin Partner wollen wir auf die  
Berliner  
Klimaziele, Nachhaltigkeit und Resilienz der Berliner Wirtschaft gegenüber  
zukünftigen  
Krisen ausrichten. Zudem soll die Zielgruppe sozialer und solidarischer  
Unternehmen stärker  
adressiert werden.

173 Darüber hinaus möchten wir Green StartUps fördern, die mit innovativen Ideen und  
174 Produkten  
175 den Weg zu einer nachhaltigen Wirtschaft ebnen. Dies umfasst den Zugang zu  
176 Finanzierung,  
sowie zu Beratungs- und Netzwerkangeboten, die jungen Unternehmen helfen, sich am  
Markt zu  
etablieren und zu expandieren.

177 Um nachhaltige Wirtschaftsimpulse zu setzen, wollen wir bestehende  
178 Gründungszentren und die  
179 11 Berliner Zukunftsorte zu Transformationsorten weiterentwickeln. Diese Orte  
180 sollen zu  
181 Inkubatoren für nachhaltige Innovationen und grüne Geschäftsmodelle werden, die  
182 Wirtschaft,  
183 Wissenschaft und Gesellschaft miteinander vernetzen und Synergien schaffen. Hier  
kann das  
Institut für Angewandte Forschung Berlin (IFAF Berlin) eine zentrale Rolle  
spielen und den



Raum für Experimente, Wissensaustausch und kooperative Projekte eröffnen, die den ökologischen und sozialen Wandel vorantreiben.

184 Wir erwarten, dass das Sondervermögen „Klimaschutz, Resilienz und Transformation“  
185 so genutzt  
186 wird, dass es klimaneutrales Wirtschaften befördert; die Mittel müssen jedoch  
187 zusätzlich zu  
188 bisherigen Maßnahmen im Regelhaushalt sein und dürfen diese nicht ersetzen. Sie  
189 müssen zudem  
eine hohe klimaschützende Wirkung haben. Der Forderung aus der Zivilgesellschaft,  
dass bei  
der Verausgabung der Mittel und der Überprüfung von deren Wirksamkeit  
Expert\*innen aus  
Wissenschaft und Zivilgesellschaft eingebunden sein sollen, schließen wir uns an.

#### 190 **Im Sinne des Gemeinwohls fördern**

191 Soziale Unternehmen und die solidarische Wirtschaft sind Treiber\*innen der  
192 ökologischen und  
193 sozialen Transformation der Berliner Wirtschaft und Gesellschaft. Mit ihren am  
194 Gemeinwohl  
195 orientierten Geschäftsmodellen und Projekten eröffnen sie neue Wege, um die  
196 digitalen,  
197 sozialen und ökologischen Herausforderungen zu bewältigen. Daher haben wir die  
198 Förderprogramme des Landes besser auf diese zukunftsweisenden Unternehmen  
199 zugeschnitten. Wir  
fordern, dass der Senat hier anknüpft und die Förderung weiter ausbaut, weitere  
Vernetzungsangebote schafft, und nach dem Vorbild der „Nationalen Strategie für  
soziale  
Innovationen und gemeinwohlorientierte Unternehmen“ der Bundesregierung  
strukturelle  
Hemmnisse für eine positive Entwicklung des gemeinwohlorientierten Sektors in  
Berlin abbaut.

200 Genossenschaften tragen zur demokratischen Selbstbestimmung bei und zeichnen sich  
201 durch ihre  
202 Langlebigkeit aus. Sie sind z.B. im Bereich Wohnen und Energie aktiv und  
203 fungieren ebenso  
204 als bewährte Rechtsform kooperativ wirtschaftender Unternehmen. Gründer\*innen,  
205 die  
206 Genossenschaften ins Leben rufen wollen, sollen gezielte Unterstützung des Landes  
z. B. bei  
Beratungsleistungen, sowohl im rechtlichen als auch finanziellen Bereich  
erhalten.  
Beschäftigte, die in einer solchen kooperativen Form in gemeinsamer Verantwortung

die

Unternehmensnachfolge sichern, sollen eine besondere Förderung erhalten.

207 Die öffentliche Auftragsvergabe von Senat und Bezirken möchten wir effizienter  
208 und  
209 zielgerichteter gestalten und die Mitarbeiter\*innen der Verwaltung entlasten.  
210 Dafür müssen  
211 wir die Verfahren bündeln, etwa nach Produktgruppen, und die Mitarbeiter\*innen in  
212 die Lage  
213 versetzen, fundierte Entscheidungen nach sozialen und ökologischen Kriterien zu  
treffen.  
Dass wir Beschaffungsvorgänge anwendungsfreundlicher gestalten und Bürokratie  
abbauen  
müssen, steht dazu nicht im Widerspruch. Die öffentliche Auftragsvergabe muss  
dabei auch auf  
kleine und mittlere Unternehmen ausgerichtet sein.

214 Vergabeprozesse sollen vermehrt Innovationspartnerschaften vorsehen, z.B.  
215 zwischen Startups,  
216 etablierten Unternehmen und der öffentlichen Hand. Damit werden mehr innovative  
217 Projekte  
möglich, die jungen Unternehmen die Möglichkeit bieten, ihre Ideen zu skalieren  
und  
erfolgreich am Markt zu platzieren.

## 218 **Den neuen Wohlstand finanzieren**

219 Grüne Finanzpolitik kann entscheidend dazu beitragen, das gesellschaftliche  
220 Zusammenleben  
221 und die Transformationsprozesse aktiv zu gestalten. Hierzu sind neben der  
222 Förderung  
223 nachhaltiger Unternehmen auch Investitionen in eine klimaneutrale öffentliche  
224 Daseinsvorsorge und Infrastruktur, wie Schulen und öffentlicher Nahverkehr,  
225 zentral. Die  
226 derzeitigen Schuldenregeln bremsen jedoch wichtige staatliche Investitionen aus  
227 und  
228 gefährden damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt, die wirtschaftliche  
229 Entwicklung und die  
230 Transformation hin zu einem klimaneutralen und resilienten Berlin. Es ist daher  
Zeit, weg  
von einer rein quantitativen Schuldenbewertung und hin zu einer qualitativen  
Bewertung der  
Schuldenaufnahme zu kommen, welche dem Landes- und den Bezirkshaushalten die  
Möglichkeiten  
einräumt, die staatlichen Aufgaben der Daseinsvorsorge sicherzustellen und zu

verbessern.

Wir wollen die Schuldenbremse abschaffen, um so Investitionen tätigen zu können und dem klimaneutralen Umbau auch sozial gerecht zu werden.

231 In 1,5 Jahren grüner Verantwortung im Finanzsenat haben wir die Finanz- und  
232 Haushaltspolitik  
233 stärker auf Nachhaltigkeit ausgerichtet. Im Januar 2023 haben wir die erste  
234 Nachhaltigkeitsanleihe des Landes Berlin mit sehr großem Erfolg aufgelegt. Durch  
235 diese wird  
236 die ökosoziale Transformation Berlins unterstützt und sie zeigt, dass die  
237 ökologische  
238 Transformation mit dem Ausbau der sozialen Infrastruktur Hand in Hand zu denken  
ist. Dies  
muss fortgeführt und ausgebaut werden. Der schwarz-rote Senat wirft die  
Nachhaltigkeit  
jedoch über Bord und zeigt mit dem Entwurf des Doppelhaushaltes 2024/25 und dem  
darin  
enthaltenen Abschmelzen aller Rücklagen, wie kurzsichtig und unseriös er  
wirtschaftet.

239 Unsere grünen Senatsverwaltungen für Finanzen und Klimaschutz hatten (mit der  
240 Haushaltsaufstellung für die Jahre 2024 und 2025) begonnen, die Klimawirksamkeit  
241 staatlicher  
242 Ausgaben im Rahmen eines Klimamonitorings zu erfassen. Dieser Ansatz einer  
nachhaltig  
orientierten Finanz- und Haushaltspolitik soll zu einem Klimabudget ausgebaut  
werden.

### 243 **3. Wirtschaft braucht nachhaltige Ressourcen**

244 Das Deutsche Institut für Wirtschaftsförderung spricht von einem „Renewables-Pull-  
245 Faktor“  
246 und meint damit, dass international, aber auch im Wettbewerb der deutschen  
247 Regionen, die  
248 Verfügbarkeit von erneuerbaren Energien eine immer wichtigere Rolle bei  
249 Standortentscheidungen von Unternehmen spielen wird. Bereits heute werden  
250 Neuansiedlungen im  
251 Ost und Norden Deutschlands genau damit begründet und Länder wie Bayern  
252 befürchten aufgrund  
253 fehlender erneuerbarer Energie Industrieabwanderungen. Es wird immer klarer: der  
254 Ausbau der  
255 Erneuerbaren ist aktive Industriepolitik. Wir setzen uns dafür ein, dass in  
Gewerbegebieten  
Anlagen – Solar wie auch Wind – schneller genehmigt und errichtet werden können

und der Strom direkt vor Ort nutzbar ist. Die Metropolregion Berlin-Brandenburg hat darüber hinaus das Potenzial, zum grünen Standort für nachhaltige Batterieproduktion zu werden – mit ausschließlicher Produktion über erneuerbare Energien, einer Second-Life-Industrie zur Zwischenspeicherherstellung und dem Recycling wertvoller Ressourcen.

256 Wir müssen alle Formen der Energiespeicherung verbessern und die Forschung darin  
257 deutlich  
258 stärken. Neben besseren Batterien und dekarbonisierten Wärmenetzen wird auch  
259 echter grüner  
260 Wasserstoff eine entscheidende Rolle spielen. Dabei wird Wasserstoff zuvorderst  
261 für  
Industrie und in der Langstrecke sinnvoll sein. Das Land Berlin muss seiner Verantwortung gerecht werden und klar den Vorrang von Wasserstoff für die Wirtschaft aussprechen und darf nicht länger Wasserstoff als die Allzwecklösung für alle Bereiche verplanen.

262 Brandenburg hat gemeinsam mit Berlin einen Maßnahmenkatalog für den Aufbau einer  
263 Wasserstoffstrategie vorgelegt. Der neue Berliner Senat ist bis heute eine  
264 maßnahmengenaue  
265 Unterlegung der H2-Roadmap schuldig geblieben. Wir fordern eine eigene  
266 Wasserstoff-Strategie  
267 in Berlin, die systematisch die bestehenden Industriegebiete und Zukunftsorte in  
268 den Blick  
269 nimmt und diese ins Wasserstoff-Zeitalter holt. Die vom schwarz-roten Senat verfolgte Strategie, Wasserstoff für die Wärmeversorgung einzusetzen, könnte sich zum Standortrisiko für die Berliner Industrie entwickeln, die auf grünen Wasserstoff für die energieintensive Produktion angewiesen ist.

270 Ein Schwerpunkt jeder nachhaltigen Wirtschaftspolitik liegt auf der Förderung der  
271 Kreislaufwirtschaft. Rohstoffe sind nicht nur in der Erde, sondern auch in  
272 Gebäuden,  
273 Infrastrukturen und Deponien vorhanden. Besonders das Recycling kritischer, für  
274 die  
275 Transformation notwendiger Rohstoffe trägt zur größeren Unabhängigkeit von einzelnen Lieferanten bei und reduziert die Abhängigkeit von Importen. Wir wollen die Wiederverwendung und Weiternutzung von Rohstoffen steigern.

276 An zentraler Stelle steht der Bau- und Gebäudesektor. Laut dem Bundesumweltamt  
277 haben  
278 Bauabfälle mit ca. 60 % den höchsten Einzelanteil im Abfallaufkommen und haben  
279 mit Abstand  
280 den größten Anteil der CO<sub>2</sub>-Emissionen. Deshalb muss mit der Bauordnung auch der  
Abriss von  
Wohnungen und Häusern, wo immer möglich, vermieden werden und bei Neubauten nur  
noch mit  
wiederverwertbaren Materialien gearbeitet und zirkuläres Bauen zur Norm werden.

281 Um dem Innovationspotenzial sowohl im Bestand als auch im Neubau zum Durchbruch  
282 zu verhelfen  
283 und die Bauwirtschaft und den Immobiliensektor zukunftsfähig aufzustellen, wollen  
284 wir das  
285 dafür notwendige und im Innovationsprozess entstehende Wissen und Know-how in  
Zusammenarbeit  
mit Forschungs- und Ausbildungseinrichtungen, Kammern und Wirtschaftsverbänden in  
einem  
Berliner Bauinnovationszentrum bündeln und zugänglich machen.

#### 286 **4. Wirtschaft braucht Forschung und Innovation**

287 Für eine nachhaltige und prosperierende Stadt haben Aus-, Fort- und  
288 Weiterbildung,  
289 Innovation und Unternehmertum eine Schlüsselrolle inne. Wir setzen uns für eine  
290 Wirtschafts-  
und Wissenschaftspolitik ein, die kreative Ideen fördert, technologische  
Fortschritte  
unterstützt und dabei konsequent auf ökologische und soziale Standards achtet.

291 Wir bekennen uns zu der Freiheit von Forschung und Lehre und wollen die wichtige  
292 Vorbildrolle, die Hochschulen, deren Lehrkräfte, Forscher\*innen und Student\*innen  
293 bei der  
294 sozial-ökologischen Transformation einnehmen, fördern. Dabei müssen wir Schritt-  
295 und  
296 Sprunginnovationen gleichermaßen in den Blick nehmen. Wir sehen in innovativen  
297 Durchbrüchen  
298 das Potenzial, nachhaltige Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft  
299 herbeizuführen und  
300 Berlin als Standort für zukunftsweisende Technologien und Geschäftsmodelle zu  
301 stärken. Doch  
302 soll die Konzentration auf Disruptionen nicht den Blick darauf verstellen, dass  
die meisten  
Errungenschaften durch graduelle Verbesserungen und kontinuierliche  
Forschungspfade

aufeinander aufbauender Entwicklungen ihre heutige Reife erhalten haben. Wir unterstützen daher Förderansätze, die den Weg von der Idee bis zur Marktreife effektiv unterstützen, und neben den Ressourcen auch Rahmenbedingungen, die Innovationsprozesse begünstigen und beschleunigen schaffen.

303 Dabei gilt es Zukunftstechnologien, wie z. B. Künstliche Intelligenz, deren  
304 Entwicklung  
305 rasend schnell geht, gezielt voranzubringen. Die Grundsatzentscheidung, ob Berlin  
306 in diesem  
307 Bereich auch zukünftig ein relevanter Player sein wird, muss jetzt getroffen  
308 werden. Berlin  
309 verfügt bereits über Leuchtturmprojekte, die ihre Leuchtkraft aber noch nicht  
310 vollständig  
311 entfalten konnten. Das Berliner Kompetenzzentrum BIFOLD ist eines der fünf  
312 geförderten  
313 nationalen universitären KI-Zentren. Allerdings holen andere Standorte in  
314 Deutschland mit  
315 massiven Investitionen und großer landespolitischer Unterstützung stark auf. Im  
316 Gegensatz zu  
klassischen Startups, zum Beispiel aus den Ingenieurdisziplinen, findet KI-Grundlagenforschung ihren Weg schnell in die Anwendung. Um den Standortvorteil Berlins auszuschöpfen, bedarf es weiterer finanzieller Unterstützung der Forschungseinrichtungen, um eine Vernetzungsplattform für die gesamte KI-Szene Berlins zu bieten und so interdisziplinäre und innovative Forschung zu ermöglichen. Es bedarf außerdem der Flankierung und Verknüpfung von landeseigener Wissenschaftsförderung mit dem Kompetenzzentrum, um die KI-Forschungslandschaft in Berlin stärker zu bündeln.

### 317 **5. Wirtschaft braucht Platz**

318 Unsere Stadt braucht Lager-, Produktions- und Werkstattflächen, Ladenflächen und  
319 Büroflächen. Sie stehen in Konkurrenz zu anderen Nutzungen, u. a. oft zum Wohnen.  
320 Die  
321 Entwicklung der Gewerbemieten setzt Betriebe und soziale Einrichtungen stark  
322 unter Druck.  
323 Durch ein flächendeckendes Gewerbekataster soll die Verfügbarkeit von  
324 Gewerbeflächen  
325 dynamisch erfasst und öffentlich zugänglich gemacht werden. Landeseigene  
326 Gewerbeimmobilien  
können einen wichtigen Beitrag dazu leisten, Unternehmen die benötigten Flächen, möglichst energieeffiziente Gebäude und Infrastruktur (inkl. erneuerbarer Energie durch

Photovoltaik-

Anlagen auf den Dächern) bereitzustellen. Landes- und bezirkseigene  
Gewerbegebiete in Berlin  
sollen konsequent klimaneutral ausgerichtet werden.

327 Das Angebot an landeseigenen Gewerbeflächen und die Standortprofile der  
328 Gewerbehöfe,  
329 Gründer- und Innovationszentren müssen erhöht werden und die Flächenvergabe muss  
330 transparent  
331 und gemäß dem Leitbild klimaneutraler und nachhaltiger Wirtschaft an Unternehmen,  
332 vergeben  
333 werden. Aktuell wird der erste neue landeseigene Gewerbehof von der WISTA  
334 Management GmbH in  
335 Berlin Lichtenberg geplant, aber der neue Senat bringt hier nichts voran. Wir  
brauchen  
dringend weitere landeseigene Gewerbehöfe für die Gründungsförderung,  
Innovations- und  
Industriepolitik, KMU-Förderung und generelle Unternehmensansiedlung. Grundstücke  
für  
Gewerbe gemeinwohlorientiert entwickeln – das heißt für uns auch die Förderung  
der Gründung  
von Gewerbehöfen in genossenschaftlichem Besitz.

336 Wir treten energisch dafür ein, das Handwerk zukunftssicher und nachhaltig zu  
337 gestalten. Das  
338 Berliner Handwerk in seiner ganzen Vielfalt ist einer der wichtigsten  
339 Wirtschaftsfaktoren in  
340 Berlin und spielt eine tragende Rolle auf dem Weg der Stadt zur Klimaneutralität:  
341 ob bei der  
342 energetischen Sanierung von Gebäuden, beim Bau von Solaranlagen oder beim Einbau  
343 von  
Heizungstechnik, die auf Erneuerbaren basiert. Wir wollen lokale Betriebe stärken  
und ihre  
Verdrängung stoppen. Dafür brauchen wir endlich bezahlbare landeseigene  
Gewerbeflächen  
genauso wie eine Gewerbemietpreisbremse, einen verbindlichen Gewerbemietpiegel,  
besseren  
Kündigungsschutz und Milieuschutz für Gewerbe.